

Inhaltsverzeichnis



- Ausgangslage
- 2. Gewässerraumlinienpläne entlang von Fliessgewässer
- 3. Überprüfung und Bereinigung Sondernutzungspläne
- 4. Mitwirkung, Weiteres Vorgehen
- 5. Fragen

Marion Sontheim

Philip Lüthi, Fröhlich Wasserbau AG

Andreas Niklaus NRP Ingenieure AG

Marion Sontheim

Marion Sontheim



1. Ausgangslage Sondernutzungspläne



- Sondernutzungspläne ergänzen und verfeinern die von Zonenplan und Baureglement vorgegebene bauliche Grundordnung der Gemeinde für ein bestimmtes Gebiet
- Thurgauer Planungs- und Baugesetz (PBG) verpflichtet Gemeinden, Sondernutzungspläne bis Ende 2027 an neues PBG anzupassen oder aufzuheben
- Die Gemeinde hat die NRP Ingenieure AG, Amriswil, damit beauftragt, die bestehenden 32 Sondernutzungspläne zu analysieren
- Sondernutzungspläne sind anzupassen oder aufzuheben, wenn sich die Verhältnisse geändert haben in der Regel nach 15 Jahren





- Bis Ende 2026 müssen die Gemeinden die Gewässerräume entlang von Gewässern neu festlegen
- Gleichzeitig mit der Bereinigung der Ortsplanungsrevision ist die Festlegung des Gewässerraums entlang dem See bereits erfolgt
- Aktuell werden die Gewässerräume entlang der Fliessgewässer neu festgelegt



Gewässer benötigen Raum, damit sie ihre Funktionen erfüllen können



- Transport von Wasser und Geschiebe
- Ausbildung einer naturnahen Strukturvielfalt in den aquatischen, amphibischen und terrestrischen Lebensräumen
- Entwicklung standorttypischer Lebensgemeinschaften
- dynamische Entwicklung des Gewässers und die Vernetzung der Lebensräume

Gewässerschutzgesetz (GSchG, SR 814.20)



Art. 36a²³ Gewässerraum

¹ Die Kantone legen nach Anhörung der betroffenen Kreise den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer fest, der erforderlich ist für die Gewährleistung folgender Funktionen (Gewässerraum):

- die natürlichen Funktionen der Gewässer;
- b. den Schutz vor Hochwasser;
- die Gewässernutzung.
- ² Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

³ Die Kantone sorgen dafür, dass der Gewässerraum bei der Richt- und Nutzungsplanung berücksichtigt sowie extensiv gestaltet und bewirtschaftet wird. Der Gewässerraum gilt nicht als Fruchtfolgefläche. Für einen Verlust an Fruchtfolgeflächen ist nach den Vorgaben der Sachplanung des Bundes nach Artikel 13 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979²⁴ Ersatz zu leisten.

Zwei Phasen der Umsetzung



1. behördenverbindliche Festlegung (-2018)

2. grundeigentümerverbindliche Festlegung (-2026)



Bisherige Regelung (PBG, RB 700)



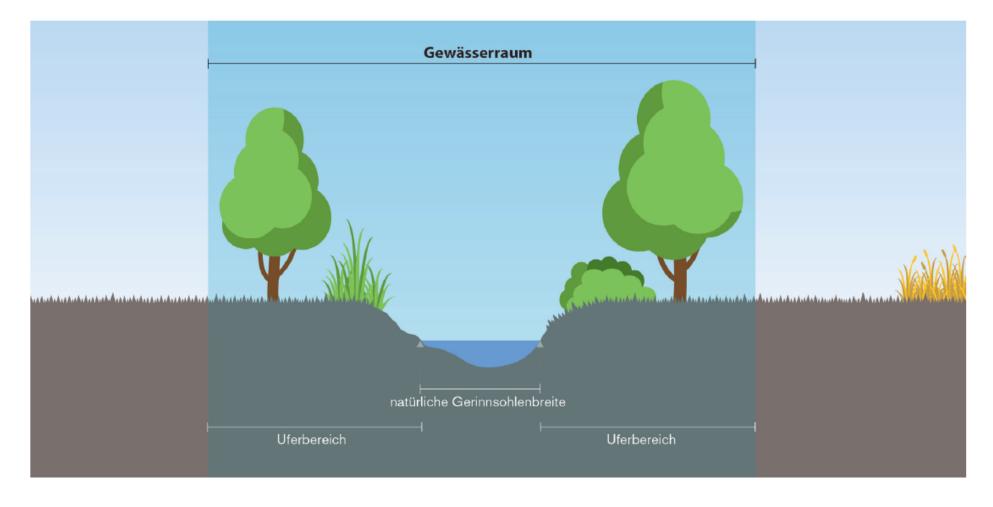
§ 76 Gewässer

¹ Ist die Lage von Bauten und Anlagen nicht durch Gewässerraumlinien gemäss § 34 des Gesetzes über den Wasserbau und den Schutz vor gravitativen Naturgefahren bestimmt, beträgt der Abstand gegenüber Seen, Weihern und Flüssen 30 m, gegenüber Bächen und Kanälen 15 m.

² Die Gemeindebehörde kann aus besonderen Gründen in Sondernutzungsplänen andere Abstände vorsehen.

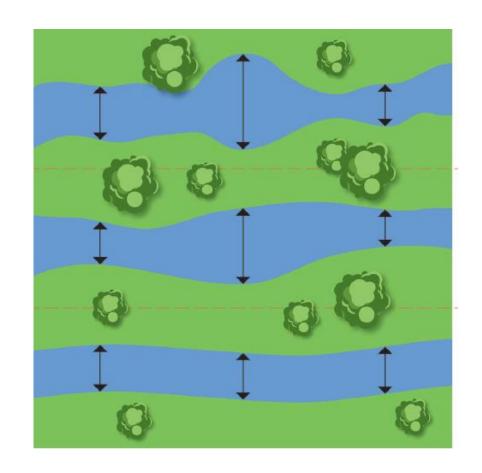
Bedeutung und Bestimmung Gewässerraum





Natürliche Gerinnesohlenbreite





ausgeprägte Breitenvariabilität Faktor 1.0

Breitenvariabilität eingeschränkt Faktor 1.5

keine Breitenvariabilität Faktor 2.0

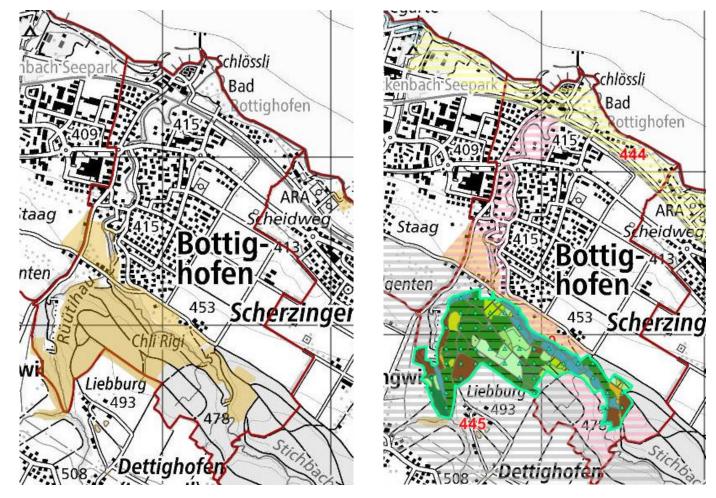
Minimale Gewässerraumbreite (Art. 41a GSchV)



¹ minimaler Gewässerraum in Natur- und Landschaftsschutzgebieten		
a. natürliche Gerinnesohlenbreite	< 1 m	11 m
b. natürliche Gerinnesohlenbreite	1-5 m	6 x natürliche Gerinnnesohlenbreite + 5 m
c. natürliche Gerinnnesohlenbreite	> 5 m	Natürliche Gerinnesohlenbreite + 30 m
² minimaler Gewässerraum in übrigen Gebieten		
a. natürliche Gerinnesohlenbreite	< 2 m	11 m
b. natürliche Gerinnesohlenbreite	2-15 m	2,5 x natürliche Gerinnesohlenbreite + 7 m

Natur- und Landschaftsschutzgebiete (Art. 41a GSchV, Abs. 1)





Anpassungen (Art. 41a GSchV)



- ³ Die nach den Absätzen 1 und 2 berechnete Breite des Gewässerraums muss **erhöht** werden, soweit dies erforderlich ist zur Gewährleistung:
 - a. des Schutzes vor Hochwasser;
 - b. des für eine Revitalisierung erforderlichen Raumes;
 - c. der Schutzziele von Objekten nach Absatz 1 sowie anderer überwiegender Interessen des Naturund Landschaftsschutzes;
 - d. einer Gewässernutzung.
- ⁴ Soweit der Hochwasserschutz gewährleistet ist, kann die Breite des Gewässerraums angepasst werden:
 - a. den baulichen Gegebenheiten in dicht überbauten Gebieten;
 - b. den topografischen Verhältnissen in Gewässerabschnitten:
 - 1. in denen des Gewässer den Talboden weitgehend ausfüllt, und
 - die beidseitig von Hängen gesäumt sind, deren Steilheit keine landwirtschaftliche Bewirtschaftung zulässt.

Verzicht (Art. 41a GSchV)



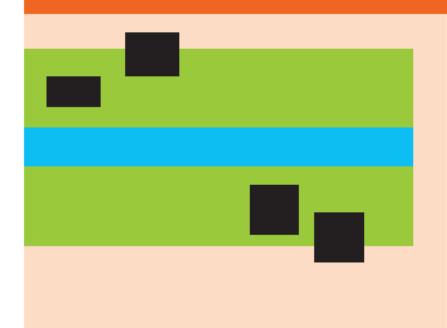
⁵ Soweit keine überwiegenden Interessen entgegenstehen, kann auf die Festlegung des Gewässerraums verzichtet werden, wenn das Gewässer:

- a. sich im Wald oder in Gebieten, die im landwirtschaftlichen Produktionskataster gemäss der Landwirtschaftlichen Produktionskataster gemässer gemäßer gemässer gemäßer gemäßer gemässer gemäßer g
- b. eingedolt ist;
- c. künstlich angelegt;
- d. oder sehr klein ist.

Allgemeine Grundsätze



Linienführung bei bestehenden Bauten und Anlagen im Gewässerraum



Der Gewässerraum soll grundsätzlich als durchschneidende Linie festgelegt werden.

Bestehende, rechtmässig erstellte und bestimmungsgemäss genutzte Anlagen und Bauten (und Dauerkulturen), die sich innerhalb des Gewässerraums befinden, sind in ihrem Bestand grundsätzlich geschützt.

Es gilt Art. 41c Abs. 2 GSchV sowie § 94 PBG.

Leitfaden Grundeigentümerverbindliche Festlegung Gewässerraumlinien, Amt für Umwelt des Kantons Thurgau, 01.08.2019

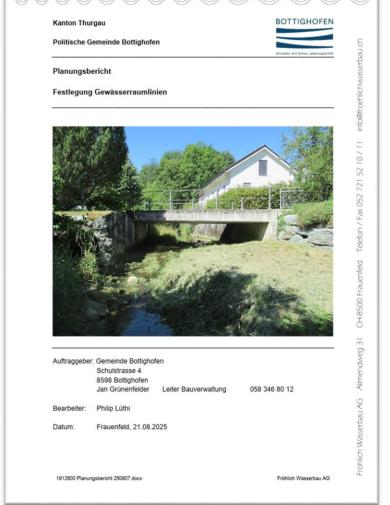
Allgemeine Grundsätze

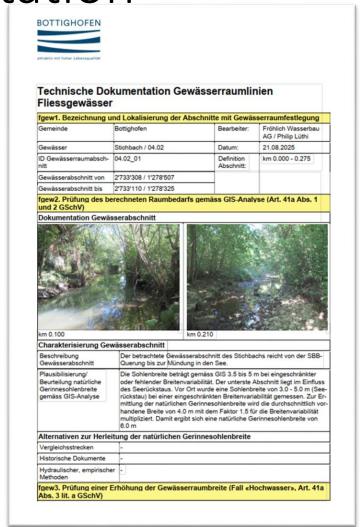




Planungsbericht Technische Dokumentation

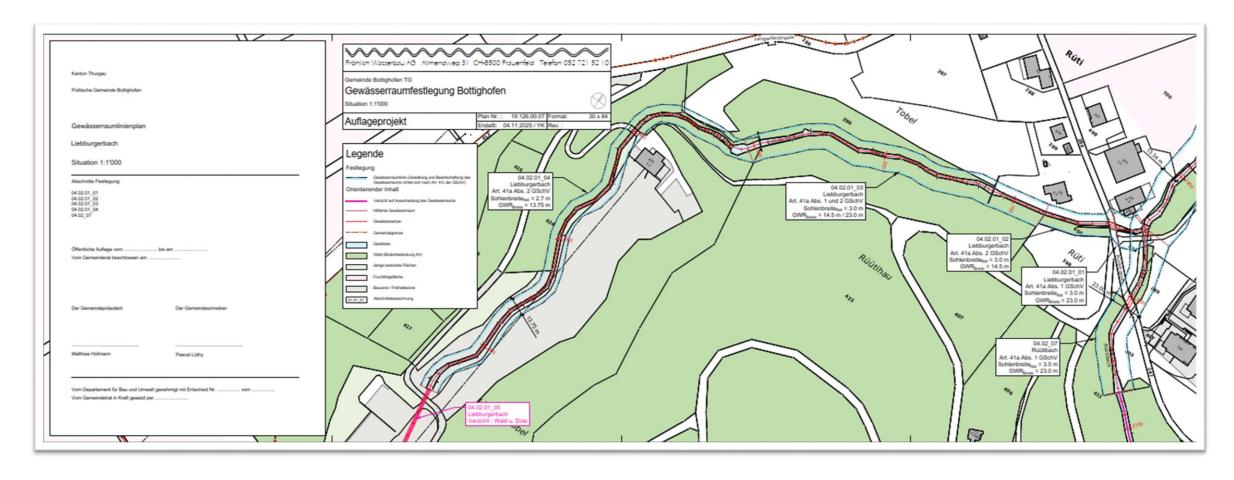






Gewässerraumlinienpläne





Bauten und Anlagen im Gewässerraum



 Bestehende, rechtmässig erstellte und bestimmungsgemäss genutzte Anlagen und Bauten (und Dauerkulturen), die sich innerhalb des Gewässerraums befinden, sind in ihrem Bestand grundsätzlich geschützt.

• Es gilt Art. 41c Abs. 2 GSchV sowie § 94 PBG

Nutzung und Bewirtschaftung Gewässerraum (Art. 41c GSchV)



¹ Im Gewässerraum dürfen nur standortgebundene, im öffentlichen Interesse liegende Anlagen wie Fuss- und Wanderwege, Flusskraftwerke oder Brücken erstellt werden. Sofern keine überwiegenden Interessen entgegenstehen, kann die Behörde ausserdem die Erstellung folgender Anlagen bewilligen:

- a. zonenkonforme Anlagen in dicht überbauten Gebieten;
- a^{bis} zonenkonforme Anlagen ausserhalb von dicht überbauten Gebieten auf einzelnen unüberbauten Parzellen innerhalb einer Reihe von mehreren überbauten Parzellen;
- b. land- und forstwirtschaftliche Spur- und Kieswege mit einem Abstand von mindestens 3 m von der Uferlinie des Gewässers, wenn topografisch beschränkte Platzverhältnisse vorliegen;
- c. standortgebundene Teile von Anlagen, die der Wasserentnahme oder Wassereinleitung dienen;
- d. der Gewässernutzung dienende Kleinanlagen.

Nutzung und Bewirtschaftung Gewässerraum (Art. 41c GSchV)



³ Im Gewässerraum dürfen keine Dünger und Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden. Einzelstockbehandlungen von Problempflanzen sind ausserhalb eines 3 m breiten Streifens entlang des Gewässers zulässig, sofern diese nicht mit einem angemessenen Aufwand mechanisch bekämpft werden können.

⁴ Der Gewässerraum darf landwirtschaftlich genutzt werden, sofern er gemäss den Anforderungen der Direktzahlungsverordnung vom 23. Oktober 2013⁵⁴ als Streuefläche, Hecke, Feld- und Ufergehölz, Uferwiese entlang von Fliessgewässern, extensiv genutzte Wiese, extensiv genutzte Weide oder als Waldweide bewirtschaftet wird. Diese Anforderungen gelten auch für die entsprechende Bewirtschaftung von Flächen ausserhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche.⁵⁵



Ziele Bereinigung Sondernutzungspläne



- Identifikation und Klärung von Widersprüchen zwischen bestehenden Sondernutzungsplänen und der übergeordneten Rahmennutzungsplanung
- Aufhebung von Sondernutzungsplänen, für die kein ersichtlicher Bedarf mehr besteht
- Feststellung, bei welchen Sondernutzungsplänen das neue Recht unmittelbar anwendbar ist
- Entscheidung darüber, welche Sondernutzungspläne einer Anpassung an das neue Recht oder weiterführender fachlicher Abklärungen bedürfen

Übersicht Sondernutzungspläne



- Im Zusammenhang mit Zonenplananpassungen und Gewässerraumausscheidung entlang See bereits 2024/2025 aufgehoben:
 - Gestaltungsrichtplan und Gestaltungsplan Bottighofen-See
 - Gestaltungsplan Schlössli Bottighofen
 - Baulinienplan Seeufer Ost

3. Übersicht bestehende Sondernutzungspläne





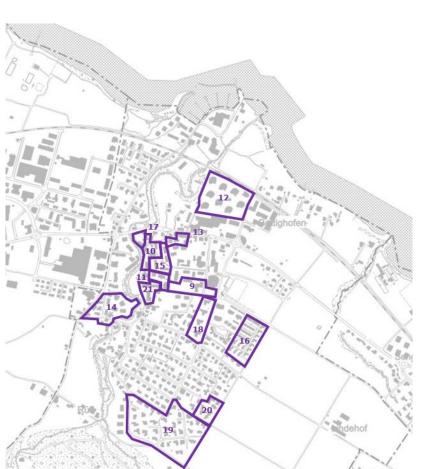
Arealüberbauungspläne

- 1. Im Kern
- 2. Im Löchli
- 3. Mittlere Mühle
- 4. Moosfeld Ost
- 5. Pünt
- 6. Untere Mühle

Quartierpläne

- 7. Alpenrösli
- 8. Mühlegässli

Übersicht bestehende Sondernutzungspläne



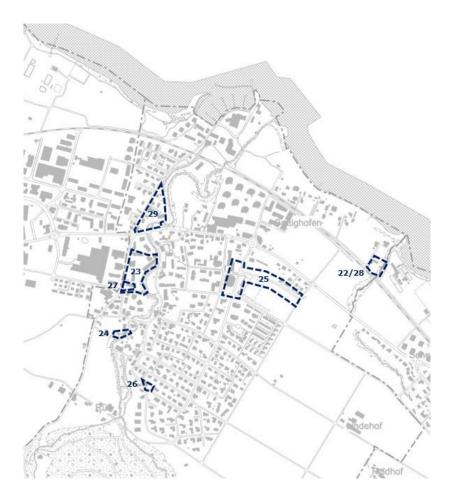


Gestaltungspläne

- 9. Begegnung
- 10.Brunnenstrasse
- 11.Büelgarte
- 12.Gruebenagger
- 13. Hauptstrasse, Parzellen Nrn. 36 und 870
- 14.Hinterdorf II
- 15.Ifang
- 16.Maiebool
- 17. Mittlere Dorfstrasse
- 18. Moosfeld
- 19.Pfaffenfeld
- 20.Pfaffenhof
- 21.Zukunftswohnen Bottighofen

Übersicht bestehende Sondernutzungspläne





Baulinienpläne

- 22. Anlagebaulinie am Töbelibach
- 23. Fabrikareal Dünner, Mittleri Mühli
- 24. Gewässerbaulinien Parz. Nrn. 139/140
- 25. Mooswiesenstrasse
- 26. Parzelle Nr. 248
- 27. Parzellen Nrn. 28 und 29 Lengwilerstrasse
- 28. Parzelle Nr. 507
- 29. Seestrasse Ost

Übergangsregelung Sondernutzungspläne



- Hat eine Gemeinde ihr kommunales Baurecht an das neue Recht angepasst, gilt für bestehende (noch nicht revidierte)
 Gestaltungspläne weiterhin das alte Recht. Das betrifft:
 - Bemessungsgrundlagen gemäss Gestaltungsplan
 - Regelungen des Zonenplans

Vorgehen Anpassung an das neue Recht



- Überprüfung sämtlicher SNP auf Anpassungsbedarf hinsichtlich des neuen Rechts
- Formelle Anpassung ausschliesslich dort, wo inhaltliche oder rechtliche Notwendigkeit besteht und SNP nicht aufgehoben werden kann
- Verzicht auf formelle Anpassung bei ausschliesslichen Erschliessungsplänen ohne Anpassungsbedarf bezüglich Begriffe und Messweisen
- Anpassungen infolge des revidierten Gewässerschutzgesetzes bei Festlegungen innerhalb des Gewässerraums. Solche Regelungen sind zwingend aufzuheben.

Analyse und Kategorisierung Sondernutzungspläne



- Ausserkraftsetzungen und Teilaufhebungen
- Überarbeitungen oder Aufhebungen mit Ersatz
- Beibehaltungen

Ausserkraftsetzungen





Arealüberbauungspläne

- 1. Im Kern
- 3. Mittlere Mühle
- 4. Moosfeld Ost
- 5. Pünt
- 6. Untere Mühle

Quartierpläne

- 7. Alpenrösli
- 8. Mühlegässli

Ausserkraftsetzungen



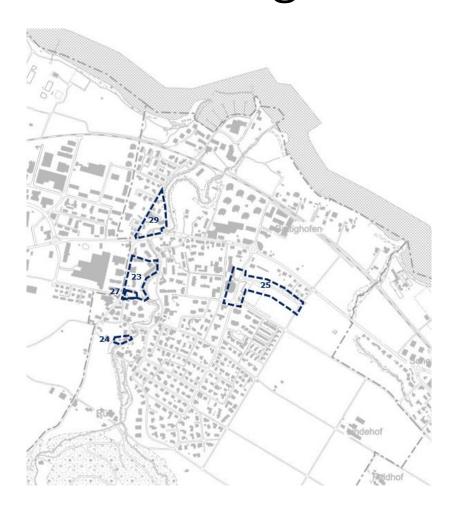


Gestaltungspläne

- 10. Brunnenstrasse
- 11. Büelgarte
- 15. Ifang
- 16. Maiebool
- 18. Moosfeld
- 19. Pfaffenfeld
- 20. Pfaffenhof
- 21. Zukunftswohnen Bottighofen

Ausserkraftsetzungen und Teilaufhebungen





Baulinienpläne

- 23. Fabrikareal Dünner, Mittleri Mühli
- 24. Gewässerbaulinien Parz. Nrn. 139/140
- 25. Mooswiesenstrasse
- 27. Parzellen Nrn. 28 und 29 Lengwilerstrasse
- 29. Seestrasse Ost

Aufhebung Arealüberbauungsplan Mittlere Mühle



RRB Nr. 2140 vom 22.12.1987, DBU-Entscheid Nr. 18 vom 25.02.2003



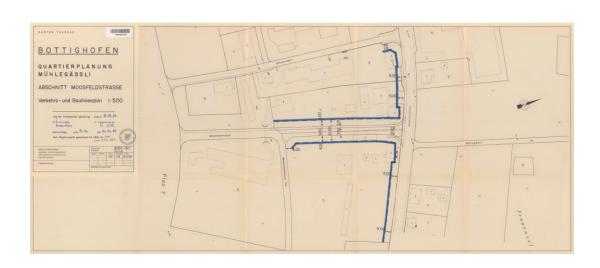
- Zweck inzwischen umgesetzt, Gebiet ist erschlossen und überbaut
- Ausnützungsziffer tiefer als im Baureglement vorgesehen (2.4 zu 2.6)
- Gestalterische Vorgaben und Umgebungsgestaltung durch neues Baureglement geregelt
- Private Interessen mittels Dienstbarkeiten und Grundlasten geregelt
- Kein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse an Beibehaltung

Aufhebung Quartierplan Mühlegässli

BOTTIGHOFEN

attraktiv mit hoher Lebensqualität

RRB Nr. 948 vom 23.06.1987



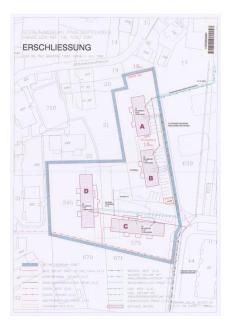
- Zweck inzwischen umgesetzt, Gebiet ist erschlossen und (grösstenteils) überbaut
- Grenzabstand zu Strassen höher als mit dem gesetzlichen Mindestabstand
- Kein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse an Beibehaltung
- GP-Pflicht bei unbebauten Parzellen

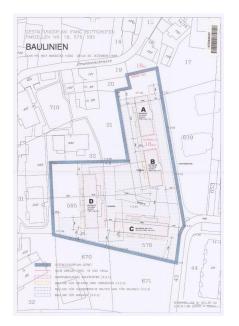
Aufhebung Gestaltungsplan Ifang

attraktiv mit hoher Lebensqualit

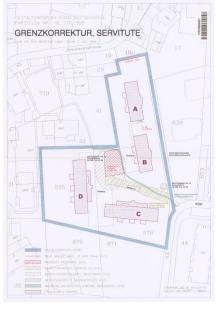
BOTTIGHOFEN

DBU-Entscheid Nr. 251 vom 23.06.1999







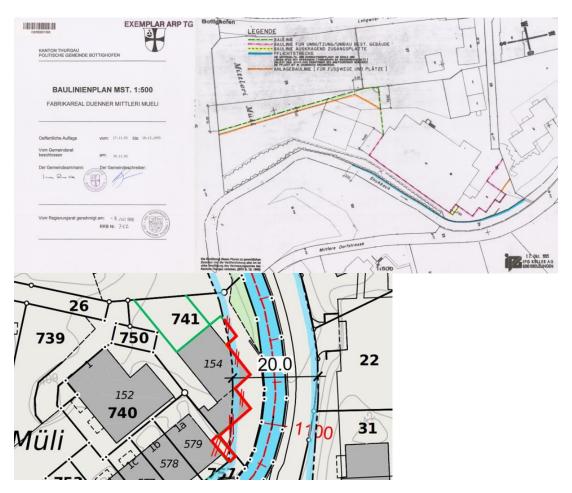


- Zweck inzwischen umgesetzt, Gebiet ist erschlossen und überbaut
- Aktuelle Rechtsgrundlagen bezüglich Gestaltung und Energie ausreichend
- Private & öffentliche Interessen mittels Dienstbarkeiten geregelt
- Gebiet im Zonenplan mit einer Gestaltungsplanpflicht überlagert für grössere bauliche Anpassungen

Teilaufhebung Baulinienplan Fabrikareal Dünner, Mittleri Müli



RRB Nr. 756 vom 09.07.1996

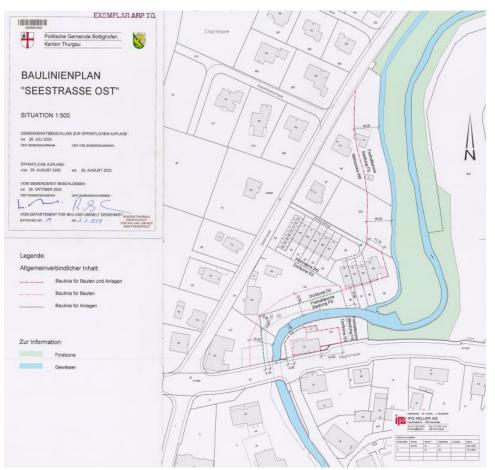


- Widerspruch mit Gewässerraum und Regelabstand zu Ufergehölz
- Aufhebung Baulinien auf Parzellen Nrn. 741 und 757
- Besitzstandesgarantie gemäss § 94
 PBG für rechtmässig erstellte Bauten und Anlagen

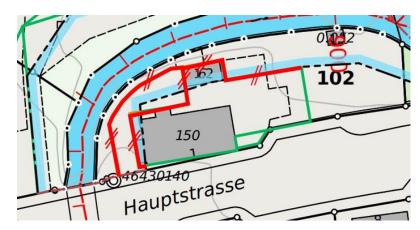
Teilaufhebung Baulinienplan Seestrasse Ost



DBU-Entscheid Nr. 17 vom 02.02.2004

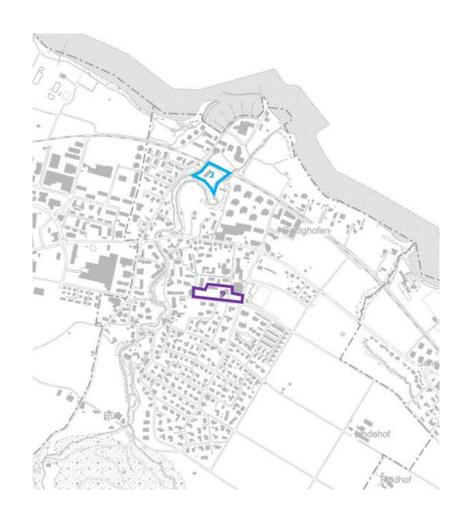


- Widerspruch mit Gewässerraum
- Teilaufhebung Baulinien auf Parzelle Nr. 102 (Norden und Westen)
- Besitzstandesgarantie gem. § 94 PBG für rechtmässig erstellte Bauten und Anlagen



Überarbeitungen oder Aufhebungen mit Ersatz





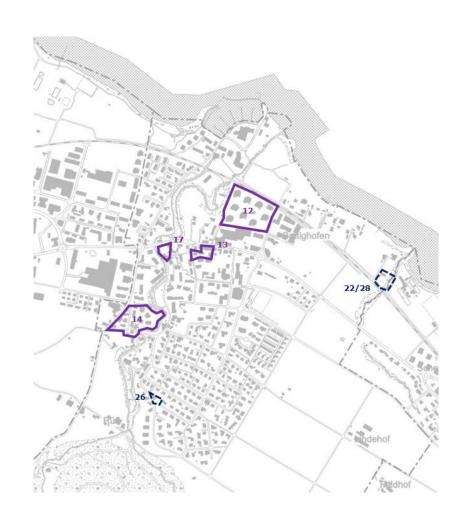
Arealüberbauungsplan

2. Im Löchli

- Gestaltungsplan
- 9. Begegnung

Direkte Anwendung neues Recht





Gestaltungspläne

- 12. Gruebenagger
- 13. Hauptstrasse, Parzellen Nrn. 36 und 870
- 14. Hinterdorf II
- 17. Mittlere Dorfstrasse

Baulinienpläne

- 22. Anlagebaulinie am Töbelibach
- 26. Parzelle Nr. 248
- 28. Parzelle Nr. 507



4. Mitwirkung / Weiteres Vorgehen



- Mitwirkungsverfahren
 - Publikation der Pläne und Berichte
 13. November 2025 12. Dezember 2025
 - Prüfung der Eingaben (schriftlich) und ggf. Gespräche mit Verfasser*innen von Eingaben
 - Ggf. Anpassungen an Planungsinstrumenten und schriftliche Beantwortung der Eingaben durch den Gemeinderat bis Ende Februar 2026

4. Mitwirkung / Weiteres Vorgehen



- Öffentliche Auflage
 - Öffentliche Auflage der Planungsinstrumente März 2026
 - Prüfung allfälliger Einsprachen und ggf. Gespräche mit Einsprecher*innen April / Mai 2026
 - Entscheid über Einsprachen und Planungsinstrumente Mai 2026
- Genehmigungs- und Rekursverfahren
- Inkraftsetzung durch den Gemeinderat



